

Staatskanzlei Die Regierungssprecherin

Heinrich-Mann-Allee 107 14473 Potsdam

Ines Filohn

Telefon: 0331 866-1251

0331 866-1356 0331 866-1359

E-Mail: presseamt@stk.brandenburg.de Internet: https://www.brandenburg.de

② (f) @staatskanzleibb

Potsdam, 17.10.2025

Pressemitteilung

Brandenburg im Bundesrat

Woidke begrüßt Bundesratsentscheidungen zu steuerlichen Entlastungen, Agrardiesel und Infrastrukturfinanzierung

Der Bundesrat hat sich heute in Berlin mit mehreren zentralen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung befasst. Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke begrüßt besonders die Wiedereinführung der Agrardiesel-Subventionen, wichtige steuerliche Entlastungen sowie das Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG): "Diese Entscheidungen bringen Planungssicherheit, Entlastung und neue Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft". Er gratulierte zudem dem neuen Bundesratspräsidenten Andreas Bovenschulte (Bremen), der die Nachfolge von Anke Rehlinger (Saarland) übernimmt.

<u>Woidke</u> weiter: "Die heutigen Entscheidungen sind ein gutes Signal: Die Wiedereinführung des **reduzierten Steuersatzes auf Agrardiesel** und dessen Ausweitung auf gleichgestellte Energieerzeugnisse schaffen Planungssicherheit und stärken die Wettbewerbsfähigkeit für unsere Landund Forstwirtschaft. Dafür habe ich mich im Bundesrat mehrfach eingesetzt. Auch die vorgesehenen Entlastungen, von der **Anhebung der Pendlerpauschale** über die dauerhafte **Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie** bis hin zu verbesserten steuerlichen Regelungen für das Ehrenamt, sind wichtig, um die Brandenburgerinnen und Brandenburger sowie unsere Unternehmen zu stärken. Zugleich dürfen die Länder und Kommunen dadurch nicht überfordert werden. Der Bund muss deshalb mit den Ländern über eine dauerhafte und umfassende Entlastung der Haushalte verhandeln."

Darüber hinaus hat der Bundesrat das Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz beschlossen. Es regelt die Verteilung der 100 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen "Infrastruktur und Klimaneutralität" auf die Länder, die die Mittel eigenverantwortlich bewirtschaften. Woidke: "Es herrscht Einigkeit bei Bund und Ländern darüber, dass die Mittel schnell, flexibel und zielgerichtet vor Ort eingesetzt werden sollen. Für Brandenburg haben wir bereits eine Verständigung mit den Kommunen erzielt. Jetzt gilt es für alle Akteure, die Chancen zu nutzen, Infrastrukturen zu stärken und neue Wachstumsimpulse zu setzen. Im Land können wir nach dem Bundesratsbeschluss die dafür nötigen Schritte jetzt auf den Weg bringen."